

hat das Reichsgericht, Erster Strafsenat, am 7. November 1892, unter Zulassung der Nebenkläger, mit Ausnahme des Gemeinderathsmitgliedes S., für Recht erkannt,

daß auf die Revisionen der R. Staatsanwaltschaft und der Nebenkläger das Urtheil der Ersten Strafkammer des R. Landgericht zu U. vom 8. Juni 1892 nebst den demselben zu Grunde liegenden thatsächlichen Feststellungen aufzuheben und die Sache zur anderweiten Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht zu R. zurückzuverweisen.

#### Gründe.

Nach § 196 des Strafgesetzbuchs können Beleidigungen auch gegen Behörden begangen werden. Solchen Falls ist der Strafantrag von den unmittelbar Beteiligten zu stellen, und haben außer diesen auch deren amtliche Vorgesetzte das Recht, den Strafantrag zu stellen. Die angeblich beleidigenden Äußerungen des Angeklagten sind nach den Ausführungen des Urtheils (siehe unter II) gegen den Gemeinderath in U. gerichtet, und hiervon ging der Gemeinderath selbst bei seinem Strafantrag vom 31. Dezember 1891 aus. Die württembergischen Gemeinderathscolliegen sind Behörden; denn in der ihre Aufgabe bildenden Verwaltung des Gemeindefwesens werden sie unter öffentlicher Autorität als Organ der Staatsgewalt für die Zwecke des Staats thätig (zu vergleichen Württembergische Verfassungs-Urkunde § 65; Württembergisches Verwaltungs-Edict vom 1. März 1822 §§ 4, 9, 58). Als unmittelbar betheiligt ist demgemäß der Gemeinderath in U. zum Strafantrag berechtigt. Zuzufolge des Strafantrages vom 31. Dezember 1891 hat am 26. März/4. April 1892 die Staatsanwaltschaft nach Maßgabe des § 197 der Strafprozeßordnung öffentliche Klage wegen Beleidigung des Gemeinderaths auf Grund der §§ 185 und 196 des Strafgesetzbuchs erhoben. Der öffentlichen Klage kann sich gemäß § 435 der Strafprozeßordnung als Nebenkläger anschließen, wenn nach § 414 als Privatkläger aufzutreten berechtigt ist. Da die Beleidigung inhaltlich der Klage gegen eine Behörde gerichtet ist, so fragt es sich zunächst, ob auch einer Behörde das Recht zur Privatklage zusteht. Diese Frage ist zu bejahen. Nach Maßgabe des § 414 Absatz 1 der Strafprozeßordnung können Beleidigungen, soweit die Verfolgung nur auf Antrag eintritt, von dem Verletzten im Wege der Privatklage verfolgt werden, ohne daß es einer vorgängigen Anrufung der Staatsanwaltschaft bedarf. Während nun der § 194 des Strafgesetzbuchs verfügt, daß die Verfolgung einer Beleidigung (von § 197 abgesehen) nur auf Antrag einträte, gewährt § 196, wenn die Beleidigung gegen eine Behörde, einen Beamten, einen Religionsdiener oder ein Mitglied der bewaffneten Macht, während sie in der Ausübung ihres Berufs begriffen sind, oder in Beziehung auf ihren Beruf begangen ist, außer den unmittelbar Betheiligten auch deren amtlichen Vorgesetzten das Recht, den Strafantrag zu stellen. Ist somit die Beleidigung einer Behörde nur auf Strafantrag zu verfolgen, so steht ihr auch das Recht zu, als Privatkläger aufzutreten; sie kann sich demzufolge auch der erhobenen öffentlichen Klage in jeder Lage des Verfahrens als Nebenkläger anschließen. Zwar erwähnt § 414 Absatz 3 der Strafprozeßordnung neben den Corporationen, Gesellschaften und anderen Personenvereinen nicht der Behörden und es bemerken die Motive zu § 336 des Entwurfs der Strafprozeßordnung, welcher nunmehr den dritten Absatz des § 414 des Gesetzes bildet, ausdrücklich, daß es nicht für angemessen erachtet worden sei, ne-

ben ihnen auch noch den Behörden als solchen die Befugnis zur Privatklage zu gewähren, da die Rechte derselben durch die Amtspflicht der Staatsanwaltschaft ausreichend gewahrt erscheinen. Es ist aber zu bemerken, daß der Entwurf die Privatklage in zwei Abschnitten regelte, von denen der erste in den §§ 335 bis 355 über die Befugnis des Verletzten zur Erhebung der Privatklage für den Fall, daß die Staatsanwaltschaft die Erhebung der öffentlichen Klage abgelehnt hatte (subsidiäre Privatklage), der zweite Abschnitt hingegen in den §§ 356 bis 365 über die Befugnis des Verletzten, bei Beleidigungen und Körperverletzungen, deren Verfolgung nur auf Antrag eintritt, Privatklage zu erheben (principale Privatklage), nähere Bestimmungen getroffen hatte. Der erste Abschnitt über die subsidiäre Privatklage wurde aber durch den § 170 der Strafprozeßordnung erlegt. Demgemäß wurde insbesondere der § 335 des Entwurfs, welcher dem Verletzten die allgemeine subsidiäre Privatklage für den Fall einräumen wollte, wenn die Staatsanwaltschaft die Erhebung der öffentlichen Klage abgelehnt hat, in das Gesetz nicht aufgenommen, vielmehr im Anschluß an den § 356 des Entwurfs über die principale Privatklage bei Beleidigungen und Körperverletzungen dem Verletzten die Verfolgung derselben im Wege der Privatklage überlassen, ohne daß es einer vorgängigen Anrufung der Staatsanwaltschaft bedarf. Nachdem aber durch diesen Wegfall des ersten Abschnitts des Entwurfs die angeführte Bemerkung der Motive ihre frühere Beziehung zu den Bestimmungen über die subsidiäre Privatklage verloren hat, kann ihr gegenüber dem unumkehrigen Standpunkte des Gesetzes zu der Privatklage ein Einfluß nicht zukommen, der ein dem Wortlaute des Gesetzes entgegenstehendes Ergebnis herbeiführen würde. Insbesondere kann auch in Fällen von Beleidigungen einer Behörde die Staatsanwaltschaft die Erhebung der öffentlichen Klage unterlassen, wenn nach ihrer Ansicht dies und nicht deren Erhebung im öffentlichen Interesse liegt. Demzufolge war dem Antrage des Gemeinderaths zu U. auf Zulassung als Nebenkläger zu entsprechen.

Aber auch dem Antrage der einzelnen Mitglieder des Gemeinderaths, welche am 14. Juni 1892 den Anschluß als Nebenkläger erklärt haben, auf Zulassung der Nebenklage mußte, ausgenommen den Antrag des Gemeinderathsmitgliedes S., stattgegeben werden. Durch die erhobene öffentliche Klage wurde die in der Anklage bezeichnete That, wie sich dieselbe nach dem Ergebnisse der Hauptverhandlung darstellt, gemäß § 263 der Strafprozeßordnung zum Gegenstand der Urtheilsfindung gemacht, für welche die im Eröffnungsbeschlusse enthaltene rechtliche Qualifikation bedeutungslos ist. Durch die von der Staatsanwaltschaft erhobene öffentliche Klage war somit auch eine in der bezichtigten Äußerung etwa enthaltene Beleidigung von Gemeinderathsmitgliedern als einzelnen Personen Gegenstand des Urtheils geworden. Im vorliegenden Fall insbesondere sind durch Strafanträge sowohl der Gemeinderath als Behörde als auch einzelne Mitglieder des Gemeinderaths am Strafverfahren betheiligt und das Gericht hat sich auch am Schlusse des Urtheils über die Rechte dieser Strafantragsteller ausgesprochen. Demgemäß mußte auch ihnen auf Grund der §§ 435 Absatz 1 und 414 der Strafprozeßordnung die Berechtigung, sich der erhobenen öffentlichen Klage als Nebenkläger anzuschließen, zuerkannt werden. Zurückzuweisen war nur der Antrag des Gemeinderathsmitgliedes S., da derselbe keinen Strafantrag gestellt hat.

## Verkehr mit dem Auslande.

**Frankreich.** Zuzufolge Entscheidung des französischen Finanzministeriums von 22. November 1892 ist geteerte Zuteppleinwand, welche bisher wie Wachstuch aus Flach oder Hanf behandelt wurde und unter dem früheren Vertragstarif einem

Zoll von 15 Frs., nach dem neuen Tarif aber einem Zoll von 25 Frs. (Minimaltarif) unterlag, nunmehr dem „baumwollenen Wachstuch zur Verpackung“ (Nr. 330 des Tarifs) gleichgestellt worden. Von dieser günstigeren Behandlung bleiben